ALTERNATIVE SÜDWEST

Zeitung der AfD Baden-Württemberg

10. Februar 2021 | Ausgabe Nr. 12 Herausgegeben vom Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg Information | Meinung

TOPTHEMA: POLITIK FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Foto: Animaflora-PicsStock/depositphotos.com

Eines von vielen: Mehr als die Hälfte der Geschäfte steht wegen des Lockdowns vor der Pleite

Raus aus dem Lockdown!

Wir machen uns stark für Ihre Rechte

Dr. Alice Weidel, Überlingen

Deutschland, nach drei weiteren harten Lockdown-Monaten: Millionen in Kurzarbeit, mehr als 500.000 neue Arbeitslose im letzten Jahr, 175.000 Unternehmer, die nach einer aktuellen DIHK-Umfrage vor der Insolvenz stehen. Das Bruttoinlandsprodukt ist um fünf Prozent eingebrochen. Die Corona-Politik von Bund und Ländern nach dem Motto „Einsperren und Dichtmachen“ ist zum Vernichtungsfeldzug gegen Mittelstand, Handel und Gewerbe geworden – und damit gegen die Grundlagen unseres Wohlstands.

Die Folgen spüren wir längst auch im einstigen Wirtschafts-Musterland Baden-Württemberg. Mehr als der Hälfte der Händler droht spätestens in der zweiten Jahreshälfte die Pleite, warnt der Handelsverband Baden-Württemberg. Viele sind schon jetzt am Ende: Die Ersparnisse und Reserven sind aufgebraucht, selbständige Kaufleute sitzen in ihren zwangsweise geschlossenen Läden auf Bergen unverkaufter Saisonware und versinken in Schulden. Von den großspurig angekündigten „Novemberhilfen“ haben viele noch immer nichts gesehen. Von einer fairen Entschädigung für die durch die Politik zugefügten Verluste kann erst recht keine Rede sein.

Die Kleinen scheitern an Bürokratie und unerfüllbaren Bedingungen, die Großen werden mit Milliarden „gerettet“ und kommen dafür immer mehr unter Staatskontrolle. Familienbetriebe, die zwei Weltkriege überlebt haben, müssen für immer schließen. Online-Händler und Internetkonzerne machen märchenhafte Gewinne, aber die Läden und Gaststätten sterben und die Innenstädte veröden. Die Insolvenzwelle ist bereits angelaufen – erst sind die Kneipenwirte und Ladenbesitzer dran, dann die mittelständischen Filialbetriebe.

Jeder Vierte leidet unter realen Einkommenseinbußen

Drei von vier Gastronomen fürchten laut Branchenverband Dehoga um ihre Existenz. Wer nicht von Steuergeld lebt, muss um seinen Job fürchten und den Gürtel enger schnallen: Jeder vierte im Land leidet unter realen Einkommenseinbußen.

Schuld daran ist nicht nur der Lockdown. Klimawahn und ideologische Energiewende treiben die Arbeitsplätze aus dem Land und die Preise in die Höhe. Daimler baut seine Moto-

Fortsetzung auf Seite 2

IN DIESER AUSGABE

POLITIK FÜR BW 1–4
Lockdown | Wirtschaftspolitik | Kinderarbeit | Netzbooster

BUNDESPOLITIK 5–7
Rechtsstaat mit zweierlei Maß | Wahlrecht | CO_2-Steuer

AUFGEKLÄRT! 8
Lehren aus Moria

Fortsetzung von Seite 1

ren künftig zum großen Teil in China. Deutschland und Baden-Württemberg rutschen in den Abgrund ökosozialistischer Planwirtschaft.

Geht es nach den Grünen, wird sogar der Bau von Einfamilienhäusern verboten. Ein von der Politik verordnetes Arbeiterschließfach in der „grünen Platte“ statt ein Häuschen im Grünen – die „DDR“ lässt grüßen.

Was Merkel und Kretschmann anrichten, müssen die ganz normalen Bürger ausbaden. Leute, die arbeiten, Steuern zahlen, Kinder großziehen, jeden Tag früh aufstehen. Sie alle sind die Leidtragenden einer Politik, die ideologischen Wahngebilden nachjagt und lieber den Mittelstand zerstört, Kindern die Bildungschancen nimmt und die Bevölkerung Monat für Monat einsperrt, als einfach ihre Arbeit zu machen: die Alten und besonders Gefährdeten zu schützen, rechtzeitig Impfstoff für alle zu beschaffen, die sich impfen lassen wollen, die Bürger ihr Leben leben zu lassen und die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Zeit, sich zu wehren. Von alleine bekommen wir unsere bürgerlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Freiheitsrechte nicht zurück. Wir müssen darum kämpfen. Als verfassungstreue Demokraten kämpfen wir für unsere Ziele im Parlament und an der Wahlurne.

Am 14. März haben Sie in Baden-Württemberg die Chance, uns noch stärker zu machen, damit wir uns noch besser für Ihre Rechte stark machen können.

Dr. Alice Weidel ist Bundestags-Fraktionschefin und Landesvorsitzende der AfD Baden-Württemberg

Die erzwungene E-Mobilität hat zu Entlassungen in der Autobranche geführt

Wir wollen Unternehmen unterstützen statt sie zu behindern

Bürokratie und Umweltauflagen vernichten Arbeitsplätze

Carola Wolle, Beilstein

Die AfD setzt sich im Landtag von Baden-Württemberg dafür ein, dass die Unternehmen im Land von der Politik unterstützt und nicht behindert werden. Die Spitzenstellung vieler Branchen bringt dem Land Steuereinnahmen und sichert Arbeitsplätze. Sie ist die Basis unseres Wohlstands.

Die bürokratischen Anforderungen werden stetig ausgebaut

Leider erleben wir seit einiger Zeit, dass die freie Betätigung der Unternehmen immer mehr behindert wird. Eine überbordende – oft von der EU ausgehende – Bürokratie kostet immer mehr Zeit und bindet Ressourcen. Trotz aller Lippenbekenntnisse seitens der Landesregierung erleben wir keinen Abbau, sondern einen stetigen Ausbau bürokratischer Anforderungen. Wir als AfD setzen uns dafür ein, dass die Unternehmen von allen vermeidbaren bürokratischen Aufgaben befreit werden. Aufgabe der Unternehmen ist die Erfüllung ihres Geschäftszwecks, nicht das Ausfüllen von Formularen und das Führen von Statistiken.

Ein Beispiel von vielen ist das so genannte Bildungszeitgesetz. Arbeitnehmer können dabei bezahlten Bildungsurlaub nehmen, um sich weiterzubilden. Diese Weiterbildung umfasst aber nicht nur berufliche, sondern auch politische Weiterbildung sowie die Qualifizierung zum Ehrenamt. Es erschließt sich uns nicht, warum Unternehmen zu diesen eher privaten Zwecken Mitarbeiter bei vollem Lohnausgleich freistellen sollen. Erst recht nicht, da mit der Beantragung und Bewilligung von Bildungszeiturlaub ein erheblicher bürokratischer Aufwand verbunden ist. Wir lehnen das Bildungszeitgesetz in Gänze ab und haben im Landtag auch bereits einen Antrag zur Abschaffung

gestellt (der jedoch erwartungsgemäß von den anderen Fraktionen im Landtag abgelehnt wurde).

Wir erleben ferner einen zunehmenden Eingriff des Staates in die Geschäftstätigkeit der Unternehmen. Immer neue Umweltauflagen engen den Handlungsspielraum der Industrie immer weiter ein. Unsere Firmen stehen in einem harten internationalen Wettbewerb. Dieser Wettbewerb wird nicht nur über Qualität, sondern auch über Kosten entschieden. Umweltbedingte Auflagen verteuern die Produkte der heimischen Industrie gegenüber ihren internationalen Konkurrenten und stellen somit einen Wettbewerbsnachteil dar. Wir bekennen uns klar zur einem nachhaltigen Schutz der Umwelt, lehnen aber rein ideologisch getriebene Maßnahmen ab. Hierzu gehören die unsäglichen Grenzwerte. Der von der EU willkürlich festgesetzte Grenzwert für Stickoxyde hat im Zusammenhang mit mehr als grenzwertigen Messmethoden (Stuttgarter Neckartor) in Stuttgart zu Fahrverboten geführt. Diese sind nicht nur Gift für den stationären Handel, auch die anderen innerstädtischen Betriebe haben mit den Folgen zu kämpfen. Auch hier erwächst ein neuer Berg bürokratischer Anforderungen.

Die Verteufelung des Diesels als „Dieselstinker“ hat aber noch weitere Auswirkungen. Neben der Wertminderung bestehender Fahrzeuge ist diese ein Frontalangriff auf die baden-württembergische Automobilindustrie. Der moderne Dieselmotor ist das derzeit effizienteste, kostengünstigste und umweltfreundliche verfügbare Aggregat für den Antrieb von Personen- und Lastkraftwagen. Gerade in diesem Bereich hat sich die Automobilindustrie in Baden-Württemberg eine weltweite Spitzenstellung erarbeitet. Die Automobilindustrie und ihre Zulieferer bilden eine der Schlüsselindustrien im Land. Ein Angriff auf diese Branche ist ein Angriff auf Wohlstand und Arbeitsplätze.

IMPRESSUM
Landesvorstand der
AfD Baden-Württemberg
Postfach 70 05 46, 70574 Stuttgart
0711 7260540, redaktion@afd-bw.de

Die Beiträge geben grundsätzlich die Meinung der Autoren wieder.

Doch nicht nur die Diskussion um Grenzwerte setzt der Automobilindustrie zu. Auch die Förderung des batteriebetriebenen Antriebs entwertet ihren Wettbewerbsvorteil. Mit Unsummen von Steuergeldern wird ein Antrieb gefördert, den der Kunde nicht will und dessen Zukunftsfähigkeit mehr als fragwürdig ist. Weder ist abzusehen, wie die Ladeinfrastruktur für Millionen Elektrofahrzeuge sicherzustellen und zu finanzieren ist, noch, wo der Strom hierzu nach Abschalten der Kern- und Kohlekraftwerke herkommen soll. Die Batterie kommt zudem schon jetzt vorwiegend aus Asien. Entlassungen und

Energiewende und Verkehrswende unterminieren die wirtschaftliche Basis unserer Unternehmen

Produktionsverlagerungen laufen bereits. Kurz, die Landesregierung fährt in ideologischer Verblendung eine unserer Schlüsselindustrien an die Wand.

Wir setzen uns für eine technologieoffene Zukunft der Mobilität ein. Noch auf Jahrzehnte hin wird der Verbrennungsmotor weltweit das Antriebsaggregat der Wahl sein. Die deutschen Unternehmen sollten daher ihren Wettbewerbsvorteil in diesem Bereich halten und ausbauen. Aufgabe der Politik ist es, sie dabei zu unterstützen und nicht zu behindern.

Welche Antriebsform den Verbrennungsmotor ersetzen wird, entscheiden in einem freien Markt technische Entwicklung und die Wünsche und Akzeptanz der Kunden. Wir können uns vorstellen, dass die Wasserstofftechnologie hier eine wichtige Rolle spielen wird. Dazu müsste aber auch geklärt werden, wo der zur Produktion von Wasserstoff notwendige Strom herkommen kann. Ohne Kern- und Kohlekraft ist dies schwer vorstellbar.

Doch die idelogiegetriebenen Projekte der Landes- und Bundesregierung belasten nicht nur die Automobilindustrie. Energiewende, Verkehrswende, Wärmewende unterminieren die wirtschaftliche Basis fast aller Unternehmen im Land. Deutschland hat schon jetzt die welteit höchsten Energiepreise und ein Ende ist nicht abzusehen. Nun kommt mit der CO_2-Bepreisung eine weitere Belastung hinzu. Folgt man den grünen Hirngespinsten, so wird die CO_2-Bepreisung in den kommenden Jahren Ausmaße annehmen, die viele Unternehmen in den Ruin treiben wird. Die grüne Landesregierung und ihre Steigbügelhalter von der CDU betreiben eine Deindustrialisierung unseres Landes.

Derart vorgeschwächt ging unsere heimische Industrie in die Corona-Krise. Wir setzen in erster Linie auf den Schutz der Risikogruppen. Für die Wirtschaft setzten wir auf die Eigenverantwortung der Unternehmer und Kunden. Gastronomie und Hotellerie haben mit hohem Engagement bewiesen, dass sie in der Lage sind, ihre Gäste vor dem Virus zu schützen und dennoch den Betrieb aufrecht zu erhalten.

Die AfD im Landtag von Baden-Württemberg setzt sich in wirtschaftlicher Hinsicht konsequent für die Freiheit unternehmerischen Handelns ein. Eine florierende Wirtschaft ist die Basis von Wohlstand. Der Staat hat jede Reglementierung und Gängelung der Unternehmen zu unterlassen. Er muss im Gegenteil die notwendige Infrastruktur für erfolgreiches Wirtschaften sicherstellen und seine Unternehmen im internationalen Wettbewerb schützen und unterstützen.

Leider erleben wir seit Jahren in all diesen Punkten das genaue Gegenteil davon. Hier gilt es energisch gegenzusteuern. Die AfD stellt auch hier eine überfällige Alternative dar.

Carola Wolle MdL ist stv. Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Am Uyuni-Salzsee wird Lithium für E-Autos abgebaut – auch von Kindern

Pharisäer im Landtag

Kinderrechte ja – aber nicht für grüne Projekte

Dr. Rainer Balzer, Bad Schönborn

In bemerkenswerter Einstimmigkeit wurde im Landtag von Baden-Württemberg Kinderarbeit gegeißelt und ein Gesetzentwurf für ein entsprechendes Label auf Grabsteinen vorgestellt. Grabmale dienen dem wertvollen Gedenken an die Verstorbenen, deshalb darf hier kein Platz für Werkstücke aus Kinderhand sein. Die Grünen lobten den Gesetzesentwurf als einen großen Schritt für die Menschheit, denn bis jetzt fehlen vertrauenswürdige Zertifikate. Die AfD lehnt wie alle anderen Parteien Kinderarbeit weltweit in jeder Form ab. Ein Dank ging natürlich auch an die Steinmetze, die mit sehr guter Vorarbeit den Gesetzesentwurf gegen Kinderarbeit und Ausbeutung vorbereitet haben.

Aber langsam wurde doch die Scheinheiligkeit der Diskussion offensichtlich. Kinderarbeit findet nicht nur in Vietnam bei der Produktion von Grabsteinen statt. In weit größerem Umfang werden Kinder in den Bergwerken Afrikas, im Kongo zur Gewinnung von Kobalt eingesetzt. Die Statur der Kinder ermöglicht den Abbau in engen Schächten und der niedrige Lohn trägt ebenso zur Ausbeutung bei.

Ebenso ist die Gewinnung von Lithium in den trockenen Salzseen in der Hochebene im Grenzgebiet von Chile, Argentinien und Bolivien in vielerlei Hinsicht problematisch. Die Arbeitsbedingungen sind äußerst belastend und die Versalzung des Grundwassers wird billigend in Kauf genommen.

Diese beiden Beispiele zeigen: Ein Label gegen Kinderarbeit, na klar, aber nur dann, wenn es nicht das Lieblingsthema der grünen Gutmenschen betrifft, die angeblich so umweltfreundliche Elektromobilität. Vielmehr wird der batteriebetriebene Elektroantrieb trotz aller Nachteile und wichtiger Einsprüche rücksichtslos ausgebaut.

Kinder müssen Kobalt für E-Autos abbauen – aber dazu schweigen die Grünen

Es lohnt sich sicher, über diese Zusammenhänge nachzudenken.

Dr. Rainer Balzer MdL ist bildungspolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion

Monstrum Netzbooster

Hohenloher als Versuchskaninchen

Thomas Palka, Schwaigern

Viele Einwohner von Kupferzell sind beunruhigt. Denn in dem hohenlohischen Städtchen soll mit dem sogenannten Netzbooster die größte Batterie der Welt gebaut werden, als Pilotprojekt im Rahmen der von der Bundesregierung vorgegebenen, ideologisch begründeten Zielen der sogenannten Energiewende.

Der Riesen-Akku hätte die Größe eines Möbelhauses auf einer Fläche von etwa sieben Fußballfeldern. Seine Kapazität entspräche der von 22 Millionen Mobiltelefon-Akkus. Dabei ist noch gar nicht bekannt, welche Gefahren für die umliegende Natur, die Gewässer und die Menschen bei einer Störung, einer Überhitzung oder eines Brandes entstehen. Oder auch in welchem Ausmaß die Natur und die Trinkwasserversorgung in den Ländern zerstört wird, in denen die dafür erforderlichen Riesenmengen an Lithium für dieses irrsinnige Projekt abgebaut werden müssen. Und niemand weiß, wie die Materialien jemals recyclet werden sollen.

All das sind die Auswüchse einer verfehlten Politik. Sie ist nicht „grün“, sondern in höchstem Maße zerstörerisch. Wir benötigen eine Energiewende zurück zu Respekt, Vernunft und Verantwortung.

Thomas Palka ist Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Eppingen

Unverhältnismäßig: Wasserwerfer gegen friedliche Corona-Demonstranten im November 2020 in Berlin

Härte nur gegen harmlose Bürger?

Wir fordern Nulltoleranz für Gewaltverbrecher statt für Demonstranten

Martin hess, Bietigheim-Bissingen

Wir haben in Deutschland eine gewaltige Schieflage zu beklagen: Die Regierungen in Bund und Ländern überziehen die Bürger mit massiven Freiheitseinschränkungen und maximaler Härte, zeigen sich aber gegenüber Gewaltverbrechern weich und nachgiebig. Nulltoleranz gegen die eigenen Bürger und Deeskalation gegenüber Gewalttätern und Extremisten? Das ist genau der falsche Weg!

Seit Jahren will uns die Regierung weismachen, es sei nicht machbar, die deutschen Grenzen zu kontrollieren. Seit Jahrzehnten zeigen sich Bund und Länder außer Stande, illegale Migranten abzuschieben. Ist der Staat handlungsunfähig? Nein, er kann, wenn er nur will. Die Altparteien lassen illegale Migranten immer noch ungehindert einreisen, verhängen aber flächendeckende Ausgangssperren und Kontaktverbote gegen die Bevölkerung.

Von Januar bis September wurden nur rund 7.800 Migranten abgeschoben, im Vorjahr waren es noch 17.000. Zu Beginn dieses Jahres wurde ein drogenabhängiger Balte aus dem Gefährder-Gefängnis in Berlin nicht abgeschoben, weil er einen Corona-Test verweigert hatte. Stattdessen ließen die Behörden den Mann sogar frei, ohne seinen künftigen Aufenthaltsort zu kennen. Zeitgleich beschlossen die Regierungschefs, den Bewegungsradius der Bürger auf 15 Kilometer einzuschränken, wenn die Anzahl der Corona-Neuinfektionen 200 pro 100.000 Einwohner in einer Woche überschreitet. Diese Ungleichbehandlung ist keinem Bürger mehr vermittelbar.

Obwohl die Antifa in Leipzig regelmäßig Polizeibeamte angreift und Polizeiwachen verwüstet, setzte die CDU-kontrollierte sächsische Polizeiführung im letzten Sommer auf Deeskalation gegenüber linksextremen Demonstranten. Um aber eine Demonstration von Kritikern der Corona-Maßnahmen zu verhindern, musste die Leipziger Polizei im Dezember Reisebusse mit Wegfahrsperren versehen. In Berlin will der SPD-geführte Innensenat die Strategie der Deeskalation im Versammlungsgesetz festschreiben, um die Narrenfreiheit von Linksextremisten zu verbriefen. Wie Rot-Rot-Grün hingegen mit Regierungskritikern umgeht, mussten wir am 18. November 2020 mit ansehen, als zur Demo gegen das Dritte Bevölkerungsschutzgesetz mehrere Wasserwerfer auffuhren und eingesetzt und über 300 Personen festgenommen wurden.

Illegale können ungehindert einreisen – aber den Bürgern werden Kontakte verboten

Auch wenn wir uns die Meinung von Demonstranten nicht komplett zu eigen machen, ist es unsere Pflicht als Politiker und Parteimitglieder, das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht konsequent zu verteidigen. Dieses Recht ist nicht verhandelbar!

Wir haben schon früh gefordert, prioritär Risikogruppen zu schützen und umfassende Freiheitseinschränkungen wie Lockdowns oder Ausgangssperren zu unterlassen, weil diese rechtlich bedenklich, nicht sinnvoll und nicht zielführend sind. Und eine direkte wie auch indirekte Impfpflicht wird von uns kategorisch abgelehnt. Namhafte Juristen haben die Corona-Maßnahmen und Gesetzesänderungen der Bundesregierung scharf kritisiert, teils sogar als verfassungswidrig zurückgewiesen. Martin Schwab von der Universität Bielefeld hält die geplante Bewegungsradius-Begrenzung für rechtlich unhaltbar. Der Staat müsse nachweisen, „dass das Überschreiten der 15 Kilometer eine besondere Gefahr darstellt“, wenn Bußgelder vor Gericht Bestand haben sollen. Diese Gefahr ist schlicht nicht glaubhaft zu machen.

Erst im Oktober konnte ein syrischer Gefährder trotz Observation einen

Messeranschlag begehen und einen Menschen ermorden. Im dritten Quartal 2020 waren immer noch 242 Gefährder in Deutschland auf freiem Fuß. Dieser sicherheitspolitische Amoklauf muss ein Ende haben!

In einem Antrag habe ich im Deutschen Bundestag gefordert, alle islamistischen Gefährder abzuschieben oder längerfristig in Gewahrsam zu nehmen, wenn eine Abschiebung nicht möglich ist. Trotzdem weigern sich Innenminister Seehofer und seine CSU beharrlich, dem Vorschlag der AfD zu folgen. Sie setzen weiter auf die Fußfessel, die sich als völlig wirkungslos erwiesen hat, und wollen Gefährder erst hinter Gitter bringen, nachdem sie Straftaten begangen haben. Dann ist es aber zu spät. Die Sicherheit unserer Familien ist höherwertig als die Bewegungsfreiheit von Terroristen!

Bei den Altparteien könnte man den Eindruck gewinnen, dass die Wertung umgekehrt ist. Erkannte und verifizierte Gefährder sind auf freiem Fuß, während unsere Kinder quasi zuhause eingesperrt sind. Illegale Migranten handeln im Görlitzer Park mit Drogen, während Restaurants und Einzelhandel bis auf weiteres geschlossen sind. Deutschland steht Kopf. Und nur die AfD ist dazu bereit, die Verhältnisse wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Wir müssen die Altparteien dazu bringen, wieder die Maxime zu berücksichtigen: Freiheit und Schutz für die Bürger, Nulltoleranz und maximale Härte für Gewaltverbrecher.

Martin Hess MdB ist stv. Landesvorsitzender und ordentliches Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat

Finger weg vom Wahlrecht!

Wenn Wahlverfahren Pfründe sichern sollen

Thomas Seitz, Kappel-Grafenhausen

Das Heil der Demokratien, von welchem Typus und Rang sie immer seien, hängt von einer geringfügigen technischen Einzelheit ab: vom Wahlrecht. Alles andere ist sekundär.“ (José Ortega y Gasset)

Die AfD ist die Partei der Verfassungstreue. Dieser Imperativ ist für mich in der täglichen parlamentarischen Arbeit verpflichtend. Daraus folgt, dass wir alle Versuche, das Wahlrecht in Richtung einer Zementierung des Parteienstaates zu missbrauchen, entschieden entgegentreten müssen.

Meine Kollegen und ich haben in den Parlamentsdebatten der vergangenen Monate die sogenannte Wahlrechtsreform der GroKo immer wieder scharf angegriffen. Aus durchsichtigen Gründen haben CDU und SPD wieder einmal eine spürbare Reduzierung der Abgeordnetenzahl verhindert und damit eine große Chance vertan, um Schaden vom Steuerzahler abzuwenden und der Politikverdrossenheit in Deutschland entgegenzutreten.

Die Etablierung eines für sie günstigen Wahlverfahrens ist jedoch nicht das einzige Vehikel, mit dem die Altparteien versuchen, sich ihre Pfründe zu sichern. Im Schatten von Corona zeichnen sich weitere schwere Eingriffe in unser Wahlrecht ab.

Derzeit wird darauf hingewirkt, jedwede Präsenzveranstaltung zu diskreditieren und falls möglich sogar zu verbieten. Parteitage und Aufstellungsversammlungen könnten bald schon per Corona-Verordnung ins Internet ausgelagert und Präsenzveranstaltungen sodann verboten werden. Für Parteien, bei denen nicht die Mitglieder, im Zweifel nicht mal deren Delegierte, sondern „Mutti“ die Entscheidungen trifft, mag das bequem sein. Für eine basisdemokratische Bewegung wie unsere Alternative für Deutschland ist das jedoch weder praktisch noch politisch denkbar. Ein Verbot von Präsenzveranstaltungen hätte zudem nicht nur Auswirkungen auf die Parteien, sondern auch auf die demokratischen Rechte jedes einzelnen Bürgers.

In Thüringen, wo letztes Jahr bereits ein Wahlergebnis „rückgängig“ gemacht wurde, wurden nun die Landtagswahlen verschoben. Diese Entscheidung gibt all denjenigen Aufwind, die die klassische Urnenwahl am liebsten durch eine reine Briefwahl ersetzen wollen.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sollte die Briefwahl aber nur die Ausnahme darstellen, da nicht alle Wahlgrundsätze zweifelsfrei erfüllt werden können. Denn: Weder haben alle Wähler am Tag ihrer Stimmabgabe denselben Informationsstand, noch kann gewährleistet werden, ob die betreffende Person selbst ihr Kreuzchen macht.

Nicht von Ungefähr haben daher auch die OSZE und der Bundeswahlleiter den steigenden Anteil der Briefwahlstimmen bei der letzten Bundestagswahl mit Besorgnis zur Kenntnis genommen.

Ein Wegfall der Urnenwahl wäre die völlige Abkehr von den verfassungsmäßig vorgesehenen Bedingungen, unter denen der Souverän seine Willensbildung ausübt. Wer ein bewährtes und als sicher geltendes Wahlrecht gegen ein manipulationsanfälliges eintauschen will, macht sich verdächtig.

Für die deutsche Demokratie ist es daher höchste Zeit, Brandmauern einzuziehen. Das sicherste Mittel dazu ist die persönliche Stimmabgabe im Wahllokal und ein Kreuz bei der AfD.

Thomas Seitz ist Obmann der AfD-Fraktion im Bundestagsausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Foto: chris77hd/depositphotos.com

Diese Steuer wird seit 1. Januar erhoben und verteuert viele Bereiche unseres Lebens

CO_2-Abzocke – eine Steuer auf das Leben

Die Luft zum Atmen besteuern?

Marc Bernhard, Karlsruhe

Deutschland ist ausgemerkelt: wirtschaftlich, politisch und in weiten Teilen auch gesellschaftlich. Altersarmut, Wohnungsnot, Bildungsmisere, offene Grenzen, Demokratiemangel und eine dramatische Wirtschaftskrise. Was lag als Ablenkung näher, als mit deutschem Geld das Weltklima zu retten? Die Weltmeister der Hypermoral machten den volkstümlichen „running Gag“ „Die Luft zum Atmen würde auch noch besteuert“ quasi zur Lebensrealität. Da halfen auch Einwände des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages nichts: „Die Regierung hat kein Steuer-Erfindungsrecht“, so das Gutachten.

Das Gesetz zur CO_2-Steuer war noch nicht im Bundesanzeiger veröffentlicht, da wurde die Preisspirale schon nach oben getrieben: 65 Euro pro Tonne pro Jahr, so die Vorgabe bis 2026. Je nach Körpermasse und Aktivität atmet ein Mensch bis zu 2.040 Tonnen CO_2 pro Jahr aus. Angela Merkel verlangte 2011 „Wir brauchen einen Pfad, wie wir weltweit auf zwei Tonnen Treibhausgas pro Kopf und Jahr und Einwohner kommen“. Noch Fragen?

Sozial ist, was Armut schafft? Sozial und gerecht sollte die neue Steuer sein, so die euphemistisch-sozialistische Verpackung von Ministerin Schulze. Dieselben Lügen und Heucheleien wie beim EEG-Gesetz, das jeden Steuerzahler bis 2025 6.300 Euro und eine vierköpfige Familie rund 25.000 Euro kostet. Die neue CO_2-Steuer greift nicht nur dem mit rund siebzig Prozent Abgaben belasteten Tankkunden in die Tasche, sondern jeder Familie mit weiteren 1.000 Euro pro Jahr, bis 2026 sogar mit 2.600 Euro pro Jahr. Die Steuer wirkt in alle Bereiche unseres Lebens: Brötchen, Smartphones oder schlicht warmes Wasser. Das Klimapaket führt zu durchschnittlichen Mieterhöhungen von 200 Euro pro Monat, der Green Deal verpulvert weitere 3.000 Milliarden bis zum Jahr 2050.

Jede Familie wird durch die CO_2-Steuer mit 2.600 Euro pro Jahr belastet

Amerikaner, Chinesen und Inder freuen sich über dieses Geschenk der Freitags-For-Schulfrei-Hüpfer und die „komparativen Wettbewerbsvorteile“. Sie bauen die Produktionskapazitäten wieder auf, die aus Deutschland vertrieben werden. Dass Daimler seine Motoren künftig in großem Stil in China bauen lässt, ist hier nur die Spitze des Eisbergs. Dort, wo Industrie und Unternehmen die politisch induzierten Kosten marktbedingt nicht an die Kunden weiterreichen können, müssen und werden die Unternehmen ausweichen und auch andere Absatzmärkte suchen. Kleinunternehmer werden unter der Last erdrückt, der Mittelstand langsam aber beharrlich ausgeblutet.

Immunsystem stärken! Die Klimahysterie ist die bedrohlichste wirtschafts- und fiskalpolitische Pandemie der Gegenwart. Unser Auftrag ist es, das volkswirtschaftliche Immunsystem wieder zu stärken und die Arbeitsplätze und den Wohlstand von morgen zu sichern. Die CO_2-Steuer ist keine „Innovationspeitsche“, wie es Ernst Ulrich von Weizsäcker suggerierte, nein, sie ist unsozial, innovationsfeindlich, ökologisch schädlich und vernichtet unsere Zukunftsperspektiven. Eine ausgewogene, realitätsnahe Energie-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik, faire Energiepreise, Innovation und Technologieoffenheit, das ist das, was uns stark macht und Wohlstand in unserer Heimat schafft. Dafür kämpfe ich seit 2013 in der AfD und seit 2017 im Deutschen Bundestag.

Marc Bernhard (48) ist Sprecher der Landesgruppe Baden-Württemberg der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied im Landesvorstand

Das Flüchtlingscamp im August 2020

Lehren aus Moria

Für Lösung des Problems müssen alle Aspekte auf den Tisch

Martin Kriechbaum, Karlsruhe

Als im September das „Flüchtlingslager“ Moria auf Lesbos in Flammen aufging, wurden in der Diskussion über die EU-Asylpolitik folgende Aspekte ausgeblendet:

1. Die griechische Regierung hatte es 2016 bis 2019 versäumt, ausreichende Unterkünfte für eine große Anzahl von Schutzsuchenden zu schaffen. In diesem Zeitraum hätte sie die erforderlichen Mittel bereitstellen oder sie bei der EU-Kommission beantragen müssen. Dass die griechische Regierung dies unterließ, stellt einen Verstoß gegen die Vereinbarungen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems dar.

2. Die EU-Kommission, die gern als die „Hüterin der Verträge“ bezeichnet wird, versäumte ihre Pflicht zur Kontrolle der Einhaltung der Vereinbarungen durch die EU-Mitgliedstaaten.

3. Es wurde auch unterlassen, auf die Funktion dieser Aufnahmelager für die Bürger Zentraleuropas hinzuweisen. Denn zwischen den Herkunftsstaaten der Schutzsuchenden und dem deutschen Sozialstaat (ihrem eigentlichen Ziel) gibt es drei Auffanglinien:

Die erste Linie sind die Aufnahmelager am Südufer des Mittelmeers und in den Nachbarstaaten Syriens. Der Einfluss Deutschlands ist dort gering, die türkische Regierung setzt die Schutzsuchenden allerdings als Druckmittel gegenüber der EU ein.

Die zweite Auffanglinie bilden die Lager in den Grenzstaaten der EU in Spanien, Italien und Griechenland.

Als dritte und letzte Linie kann man die deutsche Grenze ansehen. Sie wurde allerdings im Herbst 2015 von der Bundesregierung aufgegeben. Somit sind Lager wie Moria das letzte Hindernis für die Schutzsuchenden vor dem Einlass in das Paradies des deutschen Sozialstaats.

Die deutsche Grenze wurde 2015 von der Bundesregierung aufgegeben

Menschenunwürdige Verhältnisse in diesen Lagern sind bereits seit 2011 Anlass für den EuGH, Rückschiebungen nach Griechenland als unvereinbar mit den Werten der EU und somit als rechtswidrig zu erklären. Für die Migrationsbefürworter in diversen NGOs dienen sie überdies als Vorwand für die Forderung, möglichst viele Schutzsuchende zu „retten“ und nach Zentraleuropa zu bringen. Diesem Druck, auch verstärkt von den Qualitäts- und Wahrheitsmedien, kann dann die Bundesregierung nicht lange widerstehen.

Um einen solchen Druck künftig zu verhindern, ist es im Interesse der deutschen Bürger, dass Verhältnisse in Lagern wie Moria den Vorgaben des EU-Rechts vollständig entsprechen. Die Bundestagsabgeordneten und die EU-Parlamentarier der AfD sollten daher künftig die Unterkünfte und die Sanitäreinrichtungen in den Aufnahmelagern regelmäßig besuchen, etwaige Missstände in den Parlamenten anprangern und ihre kurzfristige Beseitigung (der Missstände, nicht der Schutzsuchenden) fordern.

Martin Kriechbaum ist Mitglied im KV Karlsruhe und Diplom-Volkswirt im Bereich des Controlling

DIE GUTE NACHRICHT

Kein Vorrang für Windkraft

Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hat die Begründung seines Urteils vom November 2020 veröffentlicht: Der Regionalverband Oberrhein darf nicht Gebiete in Gemeinden festsetzen, in denen vorrangig Windkraftanlagen zugelassen werden sollen. Ein Fehler liege darin, dass der Windenergie alle anderen Belange wie zum Beispiel der Landschaftsschutz untergeordnet wurden. Die Anzahl von Windkraftanlagen könne jedoch nicht Ausgangspunkt, sondern nur das Ergebnis einer Abwägung sein. Ein wichtiges Signal!

Quelle: VGH, PM vom 21.1.2021 // red